

ÖVP-Chef Stocker: Ist eine Koalition mit der FPÖ wirklich sinnvoll?

Christian Stocker, neuer ÖVP-Chef, diskutiert Glaubwürdigkeitsverlust und Verhandlungen mit der FPÖ über eine mögliche Regierung.

Wien, Österreich - Die politische Landschaft in Österreich steht vor neuen Herausforderungen, da sich die ÖVP und die FPÖ in Verhandlungen befinden, die möglicherweise zu einer Koalition unter dem rechtspopulistischen Spitzenkandidaten Herbert Kickl führen könnten. Christian Stocker, der neue ÖVP-Chef, äußerte in einem Interview mit oe24, dass er durch die Wende seiner Partei zur FPÖ an Glaubwürdigkeit eingebüßt habe. Trotz seiner scharfen Kritik am Wahlkampf, in dem die ÖVP eine Zusammenarbeit mit der FPÖ vehement abgelehnt hatte, betont er, dass die aktuelle geopolitische Situation eine Neubewertung erfordere. „Ich habe mir diesen Schritt nicht leicht gemacht, aber er war einfach notwendig“, so Stocker.

Verhandlungen angeordnet

Die FPÖ hat bei den Wahlen im September fast 29 Prozent der Stimmen erhalten und ist damit stärkste Kraft geworden, während die ÖVP auf 26 Prozent kam. Diese politischen Veränderungen führen dazu, dass die Parteien nun an einem Tisch sitzen, um eine mögliche Zusammenarbeit zu besprechen. Laut Florian Gasser, Leiter des Wiener Büros von „Die Zeit“, könnte das Vertrauen der Wähler durch dieses Verhalten stark beeinträchtigt werden. „Das ist schon, finde ich, ein ganz großer Verrat dieser Volkspartei“, sagte er dazu. Stocker hat die Eckpfeiler der Verhandlungen klar definiert: die Bewahrung der

liberalen Demokratie, die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft und die Ablehnung jeglicher Einflussnahme durch Russland.

Stocker bestätigte, dass die Gespräche seit Donnerstagabend laufen und hebt hervor, dass die ÖVP künftig professionell mit der FPÖ verhandeln möchte. Ob und wie diese beiden Parteien einen gemeinsamen Nenner finden werden, bleibt abzuwarten. „Es ist ein professionelles Gesprächsklima“, erklärte Stocker, während er über die Dynamik zwischen ihm und Kickl sprach. Der Ausgang dieser Gespräche könnte weitreichende Folgen für die österreichische Politik haben und die bevorstehenden Schritte für die Regierungsbildung maßgeblich beeinflussen, wie wdr.de analysiert.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at